

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Was der eigentliche Zweck der Freimaurer ist, so ist derselbe bloß den Eingeweihten bekannt; dessen ungeachtet weiß man aber doch die Tendenzen des Vereines, und dasjenige, was ich vernommen habe, zeugt nicht im geringsten dafür, daß der Verein staatsgefährlich wäre. Der Freimaurerorden ist sehr alt, und wenn ich nicht irre, so datiert er sich von dem Tempelbau des Königs Salomon her. Er ist gegenwärtig über alle Teile der Erde verbreitet und strebt hauptsächlich dahin, daß die Menschen sich gegenseitig als Menschen erkennen und achten lernen, er macht keinen Unterschied zwischen dem Amerikaner und Afrikaner, dem Asiaten und Europäer, sondern verpflichtet alle gegenseitig sich zu lieben und einander hilfreiche Hand anzubieten. Dies ist das Ideal, welches diesem Verein zu Grunde liegt. Ob noch andere Zwecke damit verbunden sind, das weiß ich nicht, wenigstens glaube ich nicht, daß solche damit verbunden sind, welche dem Staat gefährlich wären. Es ist möglich, daß dieser Verein auf eine und andere Weise auf den Gang der Staatsangelegenheiten einwirkt; indessen ist mir nicht bekannt, daß solches geschehen ist, und daß der Staat darunter gelitten habe. Der beste Beweis dafür liegt darin, daß die Freimaurer in allen andern, namentlich gebildeten Staaten geduldet werden. Wie gesagt, ich bin nicht Freimaurer und insofern kann es mir persönlich gleich sein, was Sie in dieser Sache beschließen. Da übrigens durch die Annahme des Paragraphen, wie er vorliegt, seinen Beschlüssen auf keine Weise vorgegriffen wird, so möchte ich denselben annehmen wie er ist und von dem Zusatz des Herrn Wehermann abstrahieren. Wenn Sie aber glauben, daß der Freimaurerorden gefährlich ist, so kann ich auch zum Antrage des Herrn Wehermann stimmen, denn er ist republikanisch. Ob man damit den gewünschten Zweck erreicht, muß ich bezweifeln.“

In der darauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag Wehermann mit 11 Nein gegen 9 Ja abgelehnt und damit war die Streitfrage für die Verfassung von 1846 und damit auf lange hinaus erledigt; denn im Plenum des Verfassungsrates wurde von ihr nicht mehr gesprochen.

Schlußfolgerungen, Nutzandwendungen auf die Gegenwart usw. möge der Leser selber ziehen. Meine Aufgabestellung war nur „narrare facta“.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Das politische Leben der schweizerischen Demokratie hat in dem Jahre, das nun zu Ende geht, nicht viele Ereignisse von entscheidender Bedeutung aufzuweisen. Es war, für Volk und Regierung, eine Zeit der Sammlung, Klärung und Vorbereitung.

Die politischen Parteien und Bewegungen hatten ihre neuen Kampfpositionen schon im Jahre 1933 bezogen, als es galt, sich mit dem siegreichen deutschen Na-

tionalsozialismus und seiner Ideenwelt auseinanderzusehen. Seitdem wurde in den Arsenalen der regierenden Parteien eine fiebrhafte Tätigkeit entwickelt. Ihre Programme wurden einer gründlichen Revision unterzogen, den neuen Bedürfnissen angepaßt und nach allen Regeln der Kunst instandgesetzt. Ursache dieser großen Geschäftigkeit war das Aufkommen der Frontenbewegung, die in Zürich und Schaffhausen, den Hochburgen der Sozialisten und Kommunisten, ihren Anfang genommen und überraschende Anfangserfolge errungen hatte.

Zwei auswärtige Ereignisse — die Revolte Röhms in Deutschland und die Ermordung des Bundeskanzlers in Wien — boten der liberalen und sozialistischen Presse den erwünschten Anlaß, gegen die Fronten vorzugehen, um das mißliebige Gespenst einer allesumfassenden nationalen Volksbewegung so rasch als möglich in die Rumpelkammer einzusperren. Der allgemeine Angriff richtete sich vor allem gegen die „Nationalen Front“, der es gelungen war, ansehnliche Teile der schweizerischen Jungmannschaft, namentlich im Nordosten des Landes, unter der Fahne mit dem alten eidgenössischen Feldkreuz zu sammeln. Die frontenfeindliche Presse versuchte, die blutigen Ereignisse im Reich und in Wien, welche in der Tat dem Ansehen des Nationalsozialismus schwer Abbruch getan hatten, dem Vernichtungsfeldzug gegen die Fronten dienstbar zu machen. Sie behaupteten, daß solche Bluttaten auch in unserm Lande an der Tagesordnung wären, wenn die Segnungen des Parteienstaates beseitigt und die Machtansprüche einer alle Stände umfassenden Volksbewegung befriedigt würden.

Diese Schwarzmalerei blieb nicht ohne Wirkung auf die ängstlichen Gemüter. Verschiedene Splittergruppen, die unter der falschen Flagge der Erneuerung gesegelt waren, in Tat und Wahrheit aber andere, zum Teil sogar landesverräterische Ziele verfolgt hatten, fanden ihr wohlverdientes Ende („Bund nationalsozialistischer Eidgenossen“ *et c.*). Allein der Hauptzweck, die Diffamierung der „Nationalen Front“, wurde nicht erreicht. Sicherlich waren manche jugendlichen Elemente dieser Bewegung in den Bannkreis deutscher Propagandisten geraten, deren treffsichere Schlagworte sie sich zu eigen machten (z. B. „Arbeiter der Stirn und der Faust“, „Volksgemeinschaft“, „Journaille“ *u. s. f.*). Aber es kann eben trotzdem nicht in Zweifel gezogen werden, daß die neue Bewegung sich vorwiegend aus hohenständigen gut eidgenössischen Leuten rekrutiert, und es kann insbesondere nicht bestritten werden, daß sie sich mit größtem Eifer für die gute Sache der Landesverteidigung einsetzt.

Es ist der Nationalen Front gelungen, ihre Stellung zu halten. Ungeschicklichkeiten des sozialistischen Regimes in Zürich — behördliche Protektion tendenziösen Emigrantentheaters, willkürliche Verhaftung Dr. Hennes — verschafften ihr neue Sympathien.

Da es nicht gelang, die unbequemen Erneuerer zu erledigen, sind Wut und Feindschaft im Lager der alten Parteien aufs höchste gestiegen. Das kam in diesem Jahre in einem nie erlebten Maße in den *außenpolitischen* Leitartikeln der deutschschweizerischen Parteipresse zum Ausdruck. Die sprichwörtliche Rückternheit und Sachlichkeit des Schweizers wurde aufgegeben. Die auswärtigen Ereignisse wurden vom parteipolitischen Standpunkte aus bewertet und ausgelegt. Während des Krieges hatte man sich an die deutschfeindliche Haltung der welschen Zeitungen gewöhnt. Es hieß damals: „Si Paris pardonne un jour aux Allemands, Lausanne ne leur pardonnera jamais.“ Die Seiten haben sich geändert. Sind es doch gerade die welschen Zeitungen — allen voran die „Gazette de Lausanne“ —, die nun mit wirklich eidgenössischer Sachlichkeit die deutschen Ereignisse beurteilen. Die sozusagen hysterische Unfeindung des nationalsozialistischen Staates durch die führenden Freisinnsschriften der Deutschschweiz zeigte sich in verschiedenen seltsamen journalistischen Auslassungen. Die Rivalität Italiens gegen Deutschland wurde mit freundlicher Aufmerksamkeit verfolgt und gutgeheißen. Der italienische Staatschef,

den man in früheren Jahren mit Freundschaften nicht verwöhnt hatte, wurde mit einem Male als „genialer Staatsmann“ bezeichnet und gepriesen. Alle Versuche Deutschlands, den Ring seiner Gegner zu durchbrechen und Bundesgenossen zu gewinnen, wurden als ohnmächtige Versuche belächelt und mit ironischen Bemerkungen kommentiert. Mit Genugtuung wurde vermerkt, daß die von den Frontkämpfervereinigungen angestrebte Verständigung Deutschlands mit Frankreich dem Widerstand der französischen Regierung begegnete. Die Entstehung einer hitlerfeindlichen katholischen Volksfront im Saarland wurde herzlich und ohne konfessionelles Bedenken begrüßt. Während man die gewiß in keiner Weise zu rechtfertigende Ermordung des österreichischen Kanzlers mit der allergrößten Empörung verurteilte, überging man mit höflichem Stillschweigen die Gewaltakte der österreichischen Heimwehrdiktatur und die Überhandnahme des italienischen und päpstlichen Einflusses in Wien. Daß die österreichische Regierung es bis heute nicht wagte, irgendwelche Volksabstimmungen durchzuführen, berührte das demokratische Empfinden unserer liberalen Tageszeitungen offenbar nicht im geringsten.

Wenn solche wirklichkeitsfremde und gehässige Parteinaahme allenthalben geachte Ohrnen findet, muß man an der Urteilsfähigkeit und vielgerühmten politischen Reife unseres Volkes zweifeln. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen politische Machenschaften vor sich gehen können, welche gegenüber Bürgern, die mehrheitlich aufrechten Sinnes sind, nicht möglich wären. Nicole und Klöti, die roten Parteipäpste in Genf und Zürich, durften es sich erlauben, ihren Wählern hoch und heilig das Ende des Lohnabbaues zu versprechen und bald nachher eben diese Lohnkürzungen mit aller Gemütsruhe durchzuführen, ohne daß dadurch ihre Macht eine wesentliche Einbuße erlitten hätte.

Mag man nun über die schweizerischen Erneuerer denken, was man will, so wird nicht zu leugnen sein, daß die Regierungen in Bund und Kantonen manchen guten Antrieb von ihnen empfangen haben. Entschlossener Wille, gesunden wirtschaftlichen und politischen Grundsätzen zum Durchbruch zu verhelfen, wurden überall sichtbar. Die eidgenössischen Departements haben eine außerordentliche Tätigkeit entwickelt. Der Bundesrat verstand es, sich in manchen Kreisen das verlorengegangene Vertrauen zurückzugehn. Im Völkerbund wurde anlässlich der Aufnahme Russlands große Uner schrockenheit und Festigkeit an den Tag gelegt. Die Landesverteidigung wurde entschieden und zielbewußt gefördert, die Sanierung der Bundesbahnen und der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt mit Eifer in Angriff genommen. Dabei wurden die Gedankengüter und Errungenschaften des Liberalismus mit einer Selbstverständlichkeit und Schmerzlosigkeit über Bord geworfen, welche sogar bei freisinnigen Staatsmännern in Erstaunen setzen muß. Die Fiktion, daß es sich nur um vorübergehende Notbehelfe, nur um Ausnahmen von der Regel handle, wird freilich mit Zähigkeit festgehalten.

Ob aber diese equilibristische Regierungskunst von dauerhaftem Bestande ist, wird die Zukunft lehren. Das kommende Jahr bringt den Regierungen von Bund und Kantonen eine Reihe schwerer Belastungsproben. Vom Ergebnis der bevorstehenden eidgenössischen Volksabstimmungen wird das Schicksal unserer Demokratie auf lange Zeit hinaus bestimmt werden.

Kurt Aebi.

Um die deutsch-französische Versöhnung.

Wieder einmal ist der Beweis geliefert worden, daß die Gestaltung der politischen Lage Gesamteuropas in erster Linie von der Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses abhängt. Unter dem Druck der Politik Barthous hat sich dieses Verhältnis immer gespannter gestaltet. Der greise und doch noch sehr unternehmungslustige französische Staatsmann der alten Schule hat ja noch einmal

versucht, auf der ganzen Linie das französische politische System der Nachkriegszeit wieder herzustellen und zu verstetigen. Er folgte der traditionellen Lösung der französischen Staatskunst: Verhinderung um jeden Preis der Bildung einer starken Macht an der französischen Ostgrenze! In die Linie dieser Politik gehörte die Ausschöpfung des französischen Bündnisystems im Osten, die Schaffung eines neuen Netzwerks von Garantiepakten, d. h. einer neuen Auflage des papierenen Netzwerks um Deutschland, und schließlich das Freundschaftsangebot an Italien, die bisher so schief angesehene lateinische Schwester. Über alle dem aber rutschte man unaufhaltsam einer großen Kraftprobe zwischen den beiden Ländern entgegen, der Saarabstimmung.

Hier bot Frankreich alles auf, um mit Hilfe der deutschen Emigranten, unter Ausnutzung der durch die Gestaltung der deutschen Innenpolitik in der Saarbevölkerung entstehenden Meinungsschwankungen und Gewissenskonflikte und unter vollem Einsatz der ringsum gegen das nationalsozialistische Deutschland entfachten Stimmung eine Entscheidung zu seinen Gunsten zu erzielen. Trotz alledem zeigte es sich ja freilich, wie sehr die französische Stellung auch an der Saar gegenüber 1919 und den ersten Friedensjahren geschwächt worden ist. Keinen Augenblick dachte jemand mehr daran, eine Entscheidung für einen Anschluß an Frankreich zu versuchen; dieser seit dem Weltkrieg von gewissen Kreisen des französischen Nationalismus so sehr gehätschelte Gedanke ist heute mausetot. In Betracht konnte nur noch eine Lösung kommen, die für die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes eintritt. Auch hier aber mußte man daran denken, der Bevölkerung von vornherein größere politische Bewegungsfreiheit und andere Verbesserungen ihrer Lage in Aussicht zu stellen; das aber ist eigentlich von französischer Seite aus eine tüchtige Ohrfeige für die Völkerbundspolitik im Saargebiet, die man damit offenkundig als unrichtig und verfehlt preisgibt. Ja noch mehr: Man hat zu Gunsten eines Augenblickserfolges von französischer Seite aus die ganze bisherige politische Auschauung über das Saargebiet verleugnet. Man hat in aller Form die Behauptung, daß das Saargebiet eigentlich kein deutsches Land sei, jenen Betrug also, mit dem Clemenceau auf der Friedenskonferenz arbeitete, preisgegeben. Man hat nämlich gerade von französischer Seite aus verlangt, daß der Völkerbund von vornherein eine zweite Abstimmung über das endgültige Schicksal des Saargebiets in Aussicht nehmen solle, eine Abstimmung, die nach einer Änderung der politischen Lage im Deutschen Reich den Anschluß an dieses ohne weiteres möglich machen sollte. Man hat sich also auch bei der Gruppe der französischen Ausdehnungspolitiker gar keinen Täuschungen darüber hingeggeben, daß offene Werbung für eine dauernde Trennung vom Deutschen Reich zum sicheren Misserfolg führen würde. So hat man sich denn seit Monaten schon zu einem Fechten mit verdeckten Zielen entschlossen. Gegen den Nationalsozialismus und für die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes! Das ist die Lösung der französischen Partei im Saargebiet geworden.

In den monatelangen Borgefechten schienen zeitweise die Aussichten für die Verfechter dieser Lösung gar nicht ungünstig zu sein. In ihrem Lager fand sich ja ein buntes Gemisch von Meinungen und Kräften zusammen: Alle mit dem gegenwärtigen politischen Kurs in Deutschland unzufriedenen politischen Gruppen wie Sozialisten, Liberale, politischer Katholizismus, selbst der Kommunismus. Dazu kam als mächtiger Hintergrund Frankreich, das organisierte internationale Judentum, dann Moskau und schließlich schien es zeitweise, als ob auch Rom sich in diese Front stellen würde. Auf jeden Fall war die allerchristlichste Wiener Regierung bereits dabei. An Geld fehlte es diesem Lager natürlich nicht und außerdem hatte es in der internationalen Presse und dem internationalen Nachrichtenwesen einen mächtigen Bundesgenossen. Eigene Zeitungen wurden geschaffen, darunter ein katholisches Blatt, eigene Parteien wurden gegründet. Kurz, es entstand ein richtiger Großkampf, über dessen Ausgang lange Zeit die Meinungen schwankten.

Aber mit der Zeit mußte gerade die allzu bereitwillige Stützung dieser Bewegung durch die verschiedenen internationalen Mächte und durch die ganzen Machtmittel Frankreichs eine stark abschreckende Wirkung haben. Man darf nicht vergessen, daß ganz Westdeutschland eine mehr als zehnjährige Franzosenzeit hinter sich hat, die mit der Besatzungswillkür, mit den Greueln der Separatistenzeit und des Kührkampfes unverweichbare Eindrücke hinterlassen hat. Je mehr sich also der Kampf um die Saar zu einem deutlichen Ringen zwischen Deutschland und Frankreich zuspielte, desto lebendiger mußten diese alten Eindrücke werden, desto mehr mußten sie die innenpolitischen Erwägungen der Gegenwart überdecken. So ist es tatsächlich gekommen. Je mehr die Regierungskommission mit ihren Machtmitteln auftrumpfte, je mehr Frankreich den Anschlußgegnern in der Saar seine Unterstützung angedeihen ließ, desto stärker mußten die Kräfte der Abwehr und des Widerstandes im Volke werden. Das wäre wohl noch deutlicher geworden, wenn dem Kampfe jetzt nicht vier Wochen vor der Entscheidung die schärfste Spitze abgebrochen worden wäre. Aber auch so wird sich die Stimmung des Volkes noch kräftig genug äußern, wenn die entscheidenden Tage kommen, wenn aus dem Deutschen Reich 48 000 Abstimmungsberechtigte anrücken und wenn selbst aus Südamerika und Ostasien Trupps von deutschgesinnten Saarländern zuströmen werden.

Schon seit Wochen hat man übrigens deutliche Zeichen dafür feststellen können, daß man in genau unterrichteten Kreisen den Kampf bereits als entschieden ansah. Wenn eine Elsässer Bank ihre Niederlassung in Saarbrücken vorsichtshalber bereits jetzt an eine deutsche Großbank verkaufte, so ließ das tief blicken. Wenn der Vatikan, der doch sicher Hitler gerne einen Rückschlag gegönnt hätte, sich wider die Erwartungen der französischen Kreise völlig in Schweigen hüllte, so ließ auch das seine Rückschlüsse zu. Und schließlich muß man sich selbst in Paris davon überzeugt haben, daß die Hoffnungen begraben werden müssen. Man machte nun eine Rechnung auf, was denn eigentlich bei einer Verfolgung der bisherigen Politik noch herausgeholt werden könnte. Das Ergebnis dieser Summierung ist wohl ziemlich unter Null gewesen, sodaß man sich in elfter Stunde zu einer völligen Wendung entschloß. Man mußte es aber dann erleben, daß die sehr rasch unterrichteten Engländer die Lage erkannten und sich sofort als wohlwollender Friedensengel vorstellten. Damit hatte London wieder einmal in sehr geschickter Weise seine Friedenspolitik unter Beweis gestellt und zwar ohne jede Unkosten. Diese zahlte nämlich Herr Laval, der dafür von der französischen Kammer und der weiten Welt genügend gefeiert worden ist.

Frankreich hat sich im letzten Augenblick entschlossen, die nötigen Abmachungen für die Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich zu treffen und auf die Kontrolle der Abstimmung durch seine Truppen zu verzichten. Damit ist jedenfalls die ruhige Abwicklung der ganzen Abstimmung und der Übergang an das Deutsche Reich gesichert. So weit ist alles in Ordnung und die europäische Öffentlichkeit kann mit dieser Sicherung des Friedens durchaus zufrieden sein. Man darf wohl auch annehmen, daß die verzweifelten Anstrengungen jener nationalistischen französischen Kreise, wenigstens ein Stück des Saargebietes und zwar ein den Stimmen gegen die Rückkehr zum Reich entsprechendes Stück für Frankreich zu sichern, nutzlos sein werden. Eine solche Teilung des Saargebietes wäre einmal vertragswidrig und müßte zudem verheerende politische Folgerungen haben. Es ist also nicht anzunehmen, daß diese Pläne irgendwie Bedeutung gewinnen können. Damit aber ist die Saarfrage so gut wie erledigt. Die Frage, die jetzt an der Saar noch offen ist, lautet einfach: Wird der Sieg des deutschen Volksgedankens an der Saar mehr oder weniger eindrücklich werden und wird damit der Nationalsozialismus einen mehr oder weniger eindrucksvollen außenpolitischen Erfolg erringen?

Ziemlich unfreiwillig hat Frankreich also Hitler einen wesentlichen Dienst erwiesen und nicht nur Hitler, sondern dem ganzen volksdeutschen Gedanken. Der

deutsch-französischen Einigung ist dagegen damit kein wesentlicher Vorschub geleistet worden. Frankreich hat mit seinem Nachgeben zu lange gewartet. Ledermann hat heute den Eindruck, daß Laval nur nachgegeben hat, weil er die französische Stellung doch als unhaltbar angesehen hat und es seinem Lande ersparen wollte, offensichtlich geschlagen zu werden. So verliert der französische Schritt den Hauptteil jener versöhnenden Wirkung, die er noch vor einem halben Jahre hätte haben können. Es ist schon richtig, wie bereits oft behauptet worden ist: Die Franzosen geben immer erst dann Deutschland gegenüber etwas nach, wenn es zu spät ist!

Immerhin ist eines gewonnen: Die Saarfrage wird für eine deutsch-französische Einigung kein dauerndes unüberwindliches Hindernis sein. Es ist jetzt freie Bahn vorhanden für eine wirkliche Einigung. Die nationalsozialistischen Führer des Deutschen Reiches erklären immer wieder ihre Bereitschaft zu einer solchen Einigung. Hitler hat es erklärt, Hess hat es wiederholt, Göring ist dazu gekommen. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß es ihnen mit ihrer Erklärung durchaus Ernst ist. Für Deutschland wäre es ein Glück, wenn eine Einigung mit Frankreich zu Stande kommen könnte. Und für Frankreich? Darüber sind sich heute viele einsichtige Franzosen klar, wie immer neue Stimmen angesehener Persönlichkeiten bezeugen. Auch für Frankreich würde eine Versöhnung mit Deutschland außerordentlich günstig wirken. Freilich wird sie auch Opfer erfordern. Eine Versöhnung ist aber nur mit einem gleichgestellten und gleichberechtigten Deutschland möglich und mit einem Land, das Atemfreiheit und Bewegungsmöglichkeit genug hat, um seine mehr als 60 Millionen Menschen wirklich auskömmlich zu ernähren. Frankreich hat die Möglichkeit, das zu gewähren, wenn es etwas von seinem Überfluß, den es doch mit den eigenen Kräften nicht ausnützen kann, preisgibt und darauf verzichtet, Deutschland überall vor der Sonne zu stehen. Das wird also einige materielle Opfer und einige politische Verzichte erfordern, am besten den Verzicht auf das ganze kunstvolle Gebäude des Versailler Vertrages! Ein solcher Entschluß ist nicht leicht, das ist zuzugeben. Niemand läßt gerne Teile des eigenen Besitzes fahren, wenn er nicht unbedingt dazu gezwungen ist. Dieser unausweichbare Zwang besteht heute für Frankreich noch nicht, aber er besteht für Europa! Für die Ruhe und die gedeihliche Zukunft unseres Erdteils ist ein deutsch-französisches Zusammengehen eine Grundbedingung. Und immer gebieterischer wird angesichts der Entwicklung in den außereuropäischen Erdteilen die Forderung nach einem einzigen Einsatz der europäischen Kräfte. Deshalb ist es ein gemeineuropäischer Wunsch, daß Frankreich den Staatsmann finden möge, der ihm den Ausweg aus der bisherigen Sackgasse weisen wird. Dieser Mann kann ja seinen Landsleuten gegenüber darauf hinweisen, daß der Weg zur Versöhnung auch für die Deutschen nicht leicht ist, da sie die ganze abgrundtiefe Bitterkeit über ihre Niederlage im Weltkrieg und über die maßlose Demütigung des Friedensschlusses und der ersten Nachkriegsjahre überwinden müssen. Freilich muß er die Überzeugung haben, daß die Deutschen ernstlich die dauernde Versöhnung wollen und nicht nur eine Attempause vor einer großen Abrechnung. In der Gewinnung und Erhaltung dieser Überzeugung liegt die große psychologische Schwierigkeit. Sie gilt es zu überwinden!

Aarau, den 26. Dezember 1934.

Hektor Ammann.